

Arabien erhebt sich

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **86 (2011)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-716817>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Arabien erhebt sich

Vom 29. bis zum 31. März 2011, mitten im Libyenkrieg, galt das Berliner Colloquium der Clausewitz-Gesellschaft dem Thema: «Der Vordere Orient im Umbruch – Herausforderungen und Handlungsoptionen». Drei Schwerpunkte standen im Brennpunkt: die arabische Revolution, der ungelöste israelisch-palästinensische Konflikt und der unaufhaltsame Aufstieg des NATO-Staates Türkei zur Regionalmacht.

Zum Aufruhr in Arabien hielt Generalmajor Klaus Olshausen, der Präsident der Gesellschaft, vier Tatsachen fest:

- Die Umwälzungen des ersten Quartals 2011 haben die arabische Welt schon unwiderruflich verändert.
- Der revolutionäre Prozess dauert an.
- Die Revolution ist nicht das Werk religiöser Eiferer. Zugrunde liegen der Wunsch nach Selbstbestimmung, wirtschaftlichem Aufschwung, der Drang nach Freiheit und die Auflehnung junger Menschen gegen verkrustete Machtstrukturen.
- Wir stehen an einer kritischen Schwelle. Die arabische Revolution birgt Risiken, aber auch grandiose Chancen in sich.

Klaus Olshausen skizzierte für den weiteren Verlauf der Erhebung im groben Raster mehrere Szenarien:

- Wo die Revolution scheitert, droht neue Erstarrung.
- In einzelnen Staaten endet sie im Zerfall, womit die Liste der «gescheiterten Staaten» Zuwachs erhielt.
- Die Revolution mündet in die Machtübernahme der Muslimischen Bruderschaft, womit der iranische Gottesstaat «Verstärkung» bekäme.
- Die Erhebung führt zu Freiheit und Demokratie (unter letzterer ist nicht zwingend die britische Westminster-Ausprägung zu verstehen).

Islamisches Jahrhundert

In freier Rede legte Udo Steinbach, Professor an der Universität Marburg, drei Grundlagen zum aktuellen Umbruch dar:

- Das islamische 20. Jahrhundert begann 1918/19 und endete im Januar 2011. In diesem Jahrhundert scheiterten die beiden Revolutionen von 1919 bis 1922 (Kampf um Selbstbestimmung) und 1952 bis 1969 (die Nasser-Revolution).
- Erfolg hatte die iranische Revolution vom Februar 1979 (Sturz des Schahs).
- Schlüsselstaaten sind Syrien (Asad-

Clan seit 1970 an der Macht) und Saudiarabien (überalterte, korrupte Herrscherschicht).

In dröhnender Rhetorik schloss Professor Steinbach sieben Thesen an:

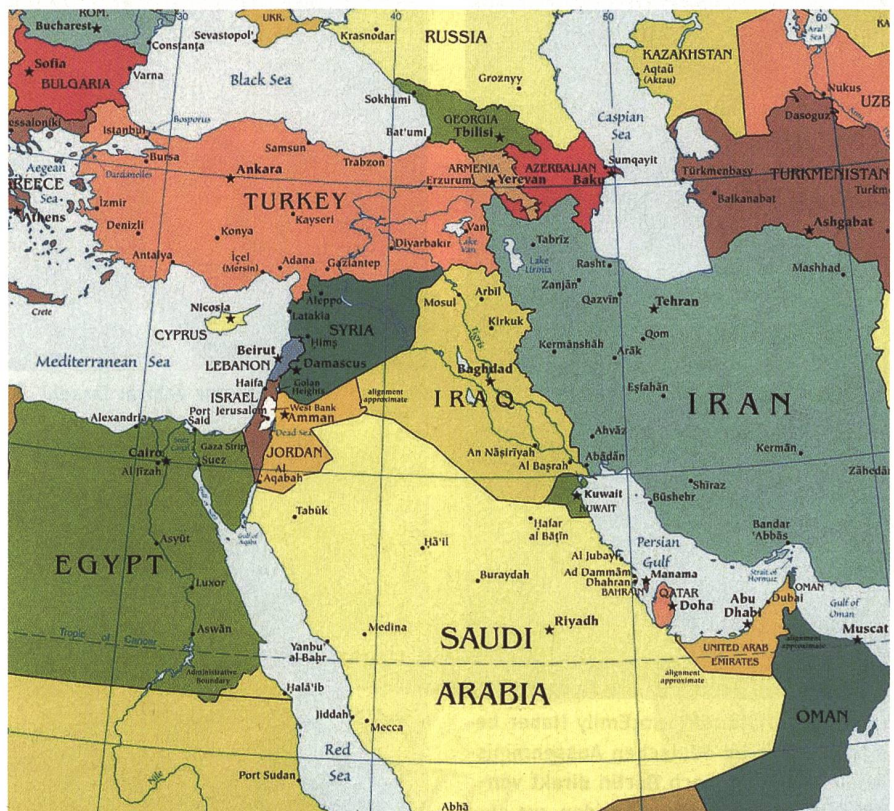
- Die jetzige Revolution ist von grösster Tragweite: *Niemand hat an einem Scheitern ein Interesse*. Eine neue Versteinerung der islamischen Welt wäre verheerend.
- Nicht alle Staaten erlangen Stabilität allein. In *Ägypten* verfliegt die Euphorie. Die Gefahr besteht, dass radikale, theokratisch ausgerichtete Kräfte die Oberhand erlangen.
- Es braucht eine *Kulturrevolution* (Stellung der Frauen, Familienplanung).
- Der israelisch-palästinensische Kon-

flikt bleibt zentral: «Wenn *Israel* die Zwei-Staaten-Regelung ablehnt, dann bringen wir die Ein-Staaten-Lösung».

- Die *Türkei* sucht ihren eigenen Rang in der Region. Nie mehr seit 1923 fand die türkische Politik in der arabischen Welt derart viel Beachtung wie jetzt.
- Der *Kaukasus* ist und bleibt eine gewaltige Bruchstelle. Seit dem Sommerkrieg von 2008 hält Russland die georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien eisern im Griff.
- *Iran* treibt die Atomrüstung voran.

Frauen besser stellen

Stets provoziert der fulminante Redner Steinbach mit seinen einseitigen Thesen ganz bewusst. Auf Ablehnung stösst gewiss



Seit dem Untergang des Osmanischen Reiches (1919) im Brennpunkt: Der Nahe Osten mit seinen Rohstoffen und Unruheherden.

sein Spruch von der palästinensischen «Ein-Staaten-Regelung».

Da macht der streitbare Gelehrte die Rechnung ohne Israel, das seinen jüdischen Charakter verteidigt; denn die *raison d'être* für den Staat Israel ist es, den Juden in aller Welt eine Heimstätte zu bieten.

Gegen Propaganda

In diesem Zusammenhang wird auch die Leichtigkeit, mit der Steinbach die iranische Atombombe hinnimmt, nicht unwidersprochen bleiben. Jedenfalls ist das letzte Wort in dieser hochstrategischen Frage noch nicht gesprochen.

Zustimmung findet Steinbach mit seiner These, die Volkserhebungen müssten Hand in Hand mit einer Kulturrevolution bleiben. Wenig ist im Moment mitten im Aufruhr von der Besserstellung der Frauen zu hören. Dieses grundlegende Postulat gehört indessen zum Kern einer jeden liberalen Erneuerung.

Zum Nahost-Konflikt im engeren Sinne kreuzten der israelische Diplomat und Institutsdirektor Avi Primor und Salah Abdel Shafi, der Generaldelegierte Palästinas in der Bundesrepublik Deutschland, die Klingeln.

Primor räumte ein, die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung habe Einfluss auf die arabische Welt. Er glaube aber nicht, dass der Konflikt um Palästina die arabische Umwälzung ausgelöst habe.

Nicht alles im Orient gehe auf Israel zurück: «Denken Sie nur an den irakisch-iranischen Krieg von 1980 bis 1988. Der hatte mit Israel überhaupt nichts zu tun. Wir müssen dafür sorgen, dass die Existenz des Staates Israel nicht als Propaganda-Vehikel benutzt wird.»

Kritik an Obama

Kritik übte Primor an der amerikanischen Politik: «Präsident Obama kündigte den Frieden im Nahen Osten an. Aber unternommen hat er wenig – und erreicht hat er gar nichts.»

Israel erlebe eine Phase der Unsicherheit und Angst: «Wir leben jetzt seit dem 14. Mai 1948 im Kriegszustand. Jetzt erschüttert ein politisches Erdbeben die ganze Region. In Israel ist die Meinung verbreitet: Das kann nur Schlechtes verheissen. Israel verkrampft sich. Das Land wirkt wie versteinert.»

Das müsse aber nicht so sein: «Ich weiss, man kann Demokratie nirgends er-

zwingen. Aber Tunesien und Ägypten taten den ersten Schritt. Laut Mao beginnt auch ein langer Marsch mit dem ersten Schritt. Was wir in der arabischen Welt erleben, ist ein Schritt in die richtige Richtung».

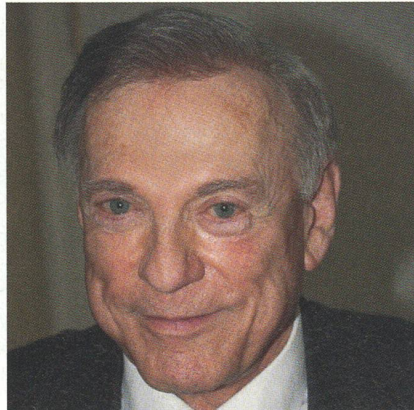
Hamas gegen Israel

Wenn sich die arabische Welt hin zu Demokratie und Liberalismus entwickle, dann sei das gut für Israel; denn demokratisch geführte Staaten führten keine Kriege gegeneinander. Dennoch stehe ein Frieden nicht in Aussicht. Weshalb nicht?

- Erstens lehnten mehrere arabische Staaten die Existenz des Staates Israel ab: «Ihre Friedensreden sind leere Worte.»
- Zweitens halte Israel seit dem Juni 1967 das Westjordanland besetzt: «Für die nationalistischen und orthodoxen Parteien gehören Judäa und Samaria zum israelischen Kernland.»
- Drittens behaupte im palästinensischen Lager die Hamas die Oberhand: «Die Hamas will ganz Palästina und keinen Staat Israel.»
- Viertens hielten die israelischen Siedler im besetzten Gebiet an ihren Städten und Dörfern fest.



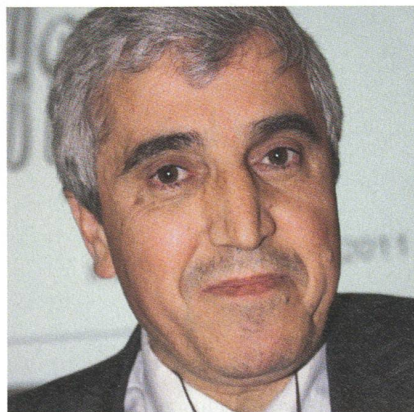
Die Ministerialdirektorin Emily Haber besitzt Einfluss im deutschen Außenministerium. Sie kam nach Berlin direkt von der Libyen-Konferenz in London, wo sie die Zerstrittenheit der westlichen Regierungen erlebt hatte.



Botschafter Avi Primor vertrat Israel.



Der Palästina-Delegierte Abdel Shafi.



Professor Bagci, Universität Ankara.



Klaus Olshausen, Clausewitz-Präsident.

Salah Abdel Shafi war von 2006 bis 2010 Botschafter und Generaldelegierter Palästinas im Königreich Schweden. Seit 2010 vertritt er die Palästinensische Autonomiebehörde und die PLO in Deutschland. Er steht dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas («Abu Mazen») nahe.

22 Prozent Land

Die Autonomiebehörde wisse, wie ein Frieden aussehe. Sie müsse das Rad nicht neu erfinden:

- Israel messe der Sicherheit höchste Priorität bei.
- Palästina leiste alle Sicherheitsgarantien, die Israel verlange – bis zur Stationierung internationaler Truppen im Westjordanland.
- Für die Autonomiebehörde sei die Landfrage zentral. Sie beanspruche vom geschichtlichen Palästina nur 22 Prozent.
- Der Staat Palästina müsse lebensfähig sein: Sein Territorium müsse zusammenhängen.
- Das Hindernis auf dem Weg zum Frieden seien die israelischen Siedlungen. Seit der Konferenz von Madrid (1991) habe sich die Zahl der Orte verdoppelt.

Gegen die Siedlungen

Abdel Shafi nahm in scharfen Worten gegen die Siedlungen Stellung. Für ihre Existenz gebe es keinerlei Rechtfertigung. Selbst im Rahmen der arabischen Revolution rücke die Palästina-Frage jetzt in den

Brennpunkt. Tunesien und Ägypten kämen der Demokratie näher. Doch Demokratie brauche Stabilität, und zur Stabilität gehöre die Regelung des palästinensisch-israelischen Konfliktes: «Als die jungen Ägypter auf den Tahrir-Platz gingen, dachten sie an Freiheit. Jetzt aber denken sie an Palästina.»

Der Gegensatz «Demokratie oder Stabilität» sei falsch: «Es gibt keine Stabilität ohne Demokratie – und keine Demokratie ohne Stabilität.»

Regionalmacht Türkei

Zum Aufstieg der Türkei zur Regionalmacht sprachen die Diplomatin Emily Haber (Berlin), Generalmajor Heinrich Brauss vom Internationalen NATO-Stab (Brüssel) und die Professoren Hüseyin Bağcı (Ankara) und Günter Seufert (Berlin).

Unbestritten war, dass dem anatolischen Staat aufgrund seiner geopolitischen Lage grosse Bedeutung zukommt:

- Lange verstand sich die Türkei als Vermittlerin zwischen Abendland und Orient. Unter der Regierung Erdogan wird sie mehr und mehr zur Partei.
- Über Jahrzehnte hinweg bildete die Türkei den überaus verlässlichen Ostpfeiler der NATO. Im Kalten Krieg erschütterten nicht einmal die türkisch-griechischen Spannungen die NATO-Treue der Türkei.
- Für Irritationen sorgte das knappe Nein des türkischen Parlamentes im Februar 2003 zum Aufmarsch der ame-

rikanischen 4. Infanteriedivision gegen Nordirak. Auch der Atomdeal mit Iran vom Sommer 2010 löste in den USA Unwillen aus, so wie die Türkei Israel mit dem jähen Bruch der Freundschaft vor den Kopf stiess.


Zypern und die Kurden

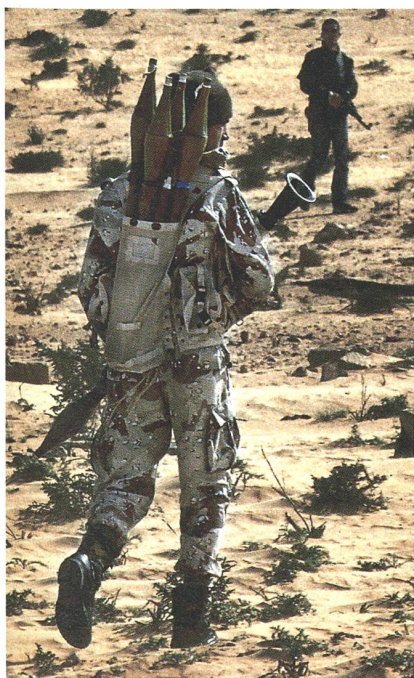
Mit aller Macht strebt die Türkei in die Europäische Union. Ihr Vollbeitritt zur EU ist indessen in weite Ferne gerückt.

- Als erstes Hindernis stellt sich diesem Wunsch der ungelöste Zypern-Konflikt in den Weg (*le provisoire qui dure*).
- Schwerer noch wiegt das ungelöste Kurden-Problem: Niemand ausser den Kurden selbst will den Staat Kurdistan.
- Auf Unverständnis stossen die flamboyanten Auftritte des Regierungschefs Erdogan im Ausland.
- Namentlich Deutschland verwahrt sich gegen den EU-Vollbeitritt der Türkei. Berlin kann sich höchstens eine «privilegierte Partnerschaft» vorstellen.

Pipelines unter Druck

Erwähnen wir zum Schluss zwei weitere Schwerpunkte der Tagung:

- Die Rohstoffversorgung im instabilen Umfeld – vom Kaspischen Meer bis zum Nadelöhr von Hormuz.
- Und die grundlegende, schonungslos offene Rede von Generalinspekteur Volker Wierer zur Lage der Bundeswehr, nachdem die Politik die allgemeine Wehrpflicht aussetzte. fo. 



Aufständischer in der libyschen Wüste.



Erhebung gegen Gaddafi: In Benghasi entwerfen Rebellen ein Plakat pro NATO.

Archivbilder